

Antrag

der AfD-Fraktion

Kernenergie fördern - Kernkraftwerke erhalten

Der Landtag stellt fest:

1. 63 Prozent der Deutschen sind als Mittelwert verschiedener Umfragen für eine Weiternutzung der Kernenergie. Für Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien gibt es selbst im europäischen Vergleich sichere Mehrheiten und kaum unentschiedene Stimmen.¹
2. Dass Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger die Forschung zu Fusionskraftwerken unterstützt und deren Bau in Deutschland schnellstmöglich durchzusetzen wünscht.²

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass sich Deutschland der Einstufung der Kernenergie als nachhaltige Technologie durch die Europäische Kommission anschließt;
2. dass das Atomgesetz dahingehend geändert wird, dass die Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der radioaktiven Reststoffverwertung in Deutschland zukünftig vollumfänglich mit dem Ziel des Anlagenbaus im Land wieder möglich ist;
3. dass die Bundesrepublik Deutschland dem Generation IV International Forum (GIF) beitrifft, sich aktiv an den europäischen und weltweiten Bemühungen, Kernkraft zu einer noch sichereren und nachhaltigeren Technologie weiterzuentwickeln, beteiligt und konkrete Anstrengungen unternimmt, um die Forschung im Bereich der Reaktorphysik und der Entwicklung von Hochtemperaturmaterialien und -maschinenbauteilen für Hochtemperatur-Flüssigbrennstoffreaktoren in Deutschland zu verankern;
4. das Bundesforschungsministerium und die Expertenkommission zur Laserfusion bei ihrem Anliegen zu unterstützen, in Deutschland Fusionskraftwerke zu errichten;

¹ Vgl. Florian Blümm: „Mehrheit für Kernenergie“, in: <https://www.tech-for-future.de/atomkraft-umfrage/> (17.04.2023), abgerufen am 29.05.2023.

² Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Pressemitteilung 38/2023: „Stark-Watzinger: Brauchen mehr Ambition auf dem Weg zu einem Fusionskraftwerk“, in: <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2023/05/220523-MemorandumLaserfusion.html> (22.05.2023), abgerufen am 23.05.2023.

5. dass alle Maßnahmen in Deutschland unterbleiben, die dazu dienen können, den Wiederbetrieb eigentlich funktionsfähiger Kernkraftwerke, zum Beispiel durch Einleitung von Säuren, zu verunmöglichen.

Die Landesregierung wird ferner dazu aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie unter Federführung des Wissenschaftsministeriums des Landes zu veranlassen, wie

6. ein ländergeführter Forschungsverbund mit Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern errichtet werden kann, der unter Federführung der drei Hochschulen Universität Greifswald, BTU Cottbus-Senftenberg und Technische Universität Dresden die Fusionsforschung und Reaktorereprobung der Generation IV in Ostdeutschland verankert;
7. das Ziel der Forschung und Entwicklung von Verwertung radioaktiver Reststoffe, von Flüssigbrennstoffreaktoren und Fusionskraftwerken anwendungsfähig so fokussiert werden kann, dass Brandenburg im Ergebnis Energieexportland für Gesamtdeutschland bleibt und der mittelfristige Braunkohleausstieg gelingt.

Begründung:

Auf dem 3. Freiburger Kongress zur Energiewende befassten sich zwei Vorträge mit dem Thema Kernenergie. Die Kernfusion sei einerseits die letzte noch nicht genutzte Primärenergiequelle, die grundlastfähig sei³ und die in Weiterführung des Wendelstein-7-X-Projektes in Greifswald könne in Deutschland noch Anschluss gewonnen werden an die internationale Forschung.

Andererseits wurde der Weg in eine akzeptanzfähige Kernenergie durch Reaktoren der vierten Generation gewiesen.⁴ Die Nutzung von noch vorhandenen Erfahrungswerten in der Kerntechnik müsse allein schon zum Erreichen nationaler Nachhaltigkeitsziele unabdingbar sein in Deutschland.

In diesen Tagen machte zudem das Bundesforschungsministerium erstmals das Vorhaben öffentlich, Fusionsreaktoren in Deutschland bauen zu wollen, und stellt gleichfalls⁵ die Nutzung des verbliebenen Know-how in Deutschland in den Mittelpunkt. Durch die Lasertechnik und verschiedenste Grundlagenforschung bestehen Möglichkeiten, durch Eigenbeiträge Wertschöpfung im Lande zu halten und einen entscheidenden Beitrag zur sicheren Energieversorgung Mitteleuropas durch Fusionskraftwerke zu leisten.

³ Öffentlicher Vortrag vom 12. Mai 2023, „Energie aus Fusion: Wunschdenken oder reale Perspektive“, Präsentation den Teilnehmern des 3. Freiburger Kongresses zur Energiewende zugegangen. Siehe dort u. a. Folie 23.

⁴ Öffentlicher Vortrag vom 12. Mai 2023, „Akzeptanzfähige Kernenergie - auch für Deutschland?“, Präsentation den Teilnehmern des 3. Freiburger Kongress zur Energiewende zugegangen. Siehe dort u. a. Folie 23.

⁵ Vgl. Prof. Dr. Constantin Leon Haefner u. a. (im Auftrag des Bundesministerium für Bildung und Forschung): „Memorandum Laser Inertial Fusion Energy“, in: https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2023/230522-memorandum-laser-inertial-fusion-energy.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (22.05.2023), abgerufen am 23.05.2023.

Es erscheint dringend notwendig, in der Energiekrise und selbst für die Beachtung „grüner“ Ziele der CO₂-Reduktion den Weg der Kerntechnologie zu beschreiten, soll es nicht durch die sogenannte Transformation zu einem Wohlstandsverlust in ungeahnter Weise kommen. Die ostdeutschen Länder sollten nicht eine zweite De-Industrialisierungswelle erleben müssen durch eine erneute planwirtschaftliche Steuerung, sondern im Energiebereich führend werden.

Die alleinige Festlegung auf bestimmte Technologien wie Wind- und Solarenergie ist nicht zielführend. Während die globale Technik- und Technologieentwicklung weitergeht, kann in Deutschland nicht die Wind- und Solarstromerzeugung (neben dem Import von Strom und Wasserstoff) zum Endstadium erklärt werden. Das würde die bereits eingetretene Rezession manifestieren.